Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8568**

14. Wahlperiode 18. 03. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Angelegenheiten der neuen Länder (17. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Günter Nooke, Friedrich Merz, Ulrich Adam, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/6038 –

Deutschland 2015 – Aufbau Ost als Leitbild für ein modernes Deutschland

A. Problem

Trotz Fortschritten bei der Überwindung der deutschen Teilung in den letzten elf Jahren ist die Angleichung der Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse zwischen den neuen und den alten Bundesländern noch nicht vollzogen. Zwar hat sich die wirtschaftliche und soziale Situation der Menschen in den neuen Ländern im Vergleich zu 1990 durch die Übertragung des Renten- und Sozialsystems und die stetige Erhöhung der Löhne und Gehälter verbessert, doch gibt es immer noch erhebliche Schwierigkeiten. Dies wird insbesondere anhand der Unterschiede bei der Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes, der Steuerkraft und der Höhe der Arbeitslosigkeit zwischen West- und Ostdeutschland ersichtlich.

Nach Ansicht der antragstellenden Fraktion braucht der Aufbau Ost eine kreative Neuausrichtung, da eine einseitige Orientierung auf die Angleichung der Lebensverhältnisse der östlichen an die westlichen Bundesländer den falschen Maßstab darstelle.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und des Vertreters der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und des Vertreters der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/6038 – abzulehnen.

Berlin, den 13. März 2002

Der Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder

Werner Kuhn	**Sabine Kaspereit**	**Günter Nooke**
Vorsitzender	Berichterstatterin	Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Sabine Kaspereit und Günter Nooke

I. Verfahrensablauf

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/6038 wurde dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder in der 170. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Mai 2001 zur federführenden Beratung sowie dem Innenausschuss, dem Finanzausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, dem Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, dem Sonderausschuss Maßstäbegesetz/Finanzausgleichsgesetz und dem Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen. In der 173. Sitzung des Deutschen Bundestages am 31. Mai 2001 wurde der Antrag zudem nachträglich an den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit ihrem Antrag auf Drucksache 14/6038 strebt die Fraktion der CDU/CSU an, ein neues Leitbild für die neuen Bundesländer zu entwickeln. Ostdeutschland dürfe sich nicht in jedem Einzelbereich an der alten Bundesrepublik Deutschland orientieren.

Die in dem Antrag enthaltenen Vorschläge umfassen u. a. Maßnahmen zur Förderung der Erforschung und Entwicklung innovativer Produkte und zum beschleunigten Ausbau der Schienenwege und Bundesfernstraßen. Zudem werden vielfältige Maßnahmen in der Bildungspolitik vorgeschlagen, wie beispielsweise der Übergang zum 12-jährigen Abitur als Vorbild für alle Bundesländer. Auch spricht die Fraktion der CDU/CSU in ihrem Antrag das Problem des Wohnungsleerstandes im Osten an und fordert entsprechende Entwicklungskonzepte für die Innenstädte. Im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktsituation in Ostdeutschland wird ein tarifpolitisches Leitbild, das sich an der regionalen Ausdifferenzierung und nicht an westdeutschen Flächentarifverträgen orientiert, angemahnt. Auch sollte eine zeitlich überschaubare Perspektive der Angleichung der Einkommensverhältnisse Bestandteil des Leitbildes für den Osten sein. Diesbezüglich wird die Bundesregierung aufgefordert, einen verbindlichen Stufenplan zur Abschaffung ostdeutscher Sonderregelungen vorzulegen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/6038 in seiner Sitzung am 27. Juni 2001 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/6038 in seiner Sitzung am 27. Juni 2001 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP und Abwesenheit der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/6038 in seiner Sitzung am 27. Juni 2001 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/6038 in seiner Sitzung am 30. Mai 2001 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrag zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/6038 in seiner Sitzung am 27. Juni 2001 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/6038 in seiner Sitzung am 27. Juni 2001 beraten und mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/6038 in seiner Sitzung am 27. Juni 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/6038 in seiner Sitzung am 27. Juni 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Sonderausschuss Maßstäbegesetz/Finanzausgleichsgesetz** hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/6038 in seiner Sitzung am 22. Juni 2001 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die

Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/6038 in seiner Sitzung am 27. Juni 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/6038 in seiner Sitzung am 27. Juni 2001 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

IV. Ausschussempfehlung

Der federführende **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 14/6038 in seiner Sitzung am 27. Juni 2001 erstmals beraten.

In seiner 72. Sitzung am 12. Dezember 2001 hat der Ausschuss zu Punkt 7 des Antrags (Lohnangleichung im öffentlichen Dienst mit Ausnahme der freien Berufe) eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Die schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen der Sachverständigen sind in die Beratungen des Ausschusses einbezogen worden. Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf das als redaktionell überarbeitete Tonbandabschrift vorliegende Protokoll und die schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen verwiesen (vgl. dazu Auschussdrucksachen 14/219 und 14/220).

Die abschließende Beratung des Antrags erfolgte in der Ausschusssitzung am 13. März 2002.

Der Ausschuss hat mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen und des Vertreters der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU und des Vertreters der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Nach Ansicht der **Fraktion der CDU/CSU** bestehen beim Aufbau Ost noch erhebliche Probleme, denen auch seitens der Bundesregierung keine wirksamen Konzepte entgegengesetzt werden. Sie wehrt sich in ihrem Antrag dagegen, dass Maßnahmen der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, die bereits im Jahr 1990 in den alten Bundesländern als modernisierungsbedürftig angesehen waren, ohne weiteres auf die neuen Länder übertragen werden. Auch führe eine einseitige Orientierung auf eine Angleichung der Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse zur Resignation der Bevölkerung in Ostdeutschland. Vielmehr wurde betont, dass die ost- und die westdeutschen Bundesländer aufgrund ihrer unterschiedlichen strukturellen Entwicklung auch unterschiedliche Wege beschreiten müssten.

Die **Koalitionsfraktionen** kritisierten, anhand des vorliegenden Antrags sei kein neues Leitbild für Ostdeutschland erkennbar gewesen. Auch seien viele der in dem Antrag geforderten Maßnahmen bereits durch die jetzige Bundesregierung umgesetzt und eingeleitet worden. Außerdem wurde bemängelt, dass keine bestimmten Adressaten für die Forderungen ersichtlich und die Forderungen auch nicht konkret untersetzt seien. Sie verwiesen auf die Vereinbarung zum Solidarpakt II, der ein Fördervolumen von insgesamt 306 Mrd. DM für die nächsten 15 Jahre beinhalte. Auch habe die Bundesregierung seit 1998 im Bereich der Verkehrsinfrastruktur verstärkt Fördermittel für die neuen Länder zur Verfügung gestellt und es sei ein Stadtumbauprogramm vorgesehen.

Die **Fraktion der PDS** bedauerte, dass erst jetzt von der Fraktion der CDU/CSU Forderungen aufgestellt würden, die sie bereits zurzeit ihrer eigenen Regierungsverantwortung hätten umsetzen können.

Berlin, den 13. März 2002

Sabine Kaspereit — Berichterstatterin

Günter Nooke — Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333